Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1401

17. 05. 95

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung

zu den Auswirkungen der aktuellen währungspolitischen Entwicklungen in der Europäischen Union auf die Landwirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- dem Vorschlag der Kommission, im Falle einer Aufwertung des Grünen Kurses der Deutschen Mark die Ausgleichszahlungen der Agrarreform und die Strukturbeträge abzusenken, mit größtem Nachdruck entgegenzutreten und mit allen Mitteln auf eine Ablehnung des Vorschlags durch den Agrarministerrat hinzuwirken;
- sich darüber hinaus für eine vollständige Kompensation der aus einer Aufwertung der Grünen Kurse folgenden Einkommensverluste durch die Europäische Union einzusetzen.

Bonn, den 17. Mai 1995

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Begründung

Die Turbulenzen auf den internationalen Devisenmärkten haben auch gravierende Auswirkungen auf die Einkommen der deutschen Landwirtschaft. Sowohl die verschlechterten Exportmöglichkeiten als auch die erleichterten Importe beeinträchtigen zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Agrarprodukte und führen zu einem verschärften Preis- und Einkommensdruck.

Mit ihrem Vorschlag, die Aufwertungsfestigkeit der Ausgleichszahlungen der Agrarreform und der Strukturbeträge zu beseitigen, stellt sich die Kommission in Widerspruch zu der Position, die vom Deutschen Bundestag, vom Agrarministerrat, vom Europäischen Parlament und von ihr selbst stets – zuletzt bei der Neuregelung des agrarmonetären Systems im Dezember 1994 – bekräftigt worden ist.

Der Vorschlag ist sachlich nicht gerechtfertigt und politisch nicht akzeptabel, zumal der vorgesehene – auf drei Jahre befristete – Ausgleich völlig unzureichend und erst recht kein ausreichender Ersatz für den Verlust der dauerhaften Aufwertungsfestigkeit der Beträge ist.

Der Kommissionsvorschlag und dessen Umsetzung stellt die Geschäftsgrundlage der Agrarreform in Frage und zerstört das Vertrauen der deutschen Bauern in die Europäische Kommission.

Im Vorfeld der Regierungskonferenz 1996 zur Überprüfung des Vertrages von Maastricht müssen die Bürger in besonderer Weise auf eine verläßliche Entwicklung vertrauen können.

Zunehmend bestimmen Entscheidungen der Europäischen Union das tägliche Leben jedes Bürgers. Er muß sich darauf verlassen können, daß eingegangene Verpflichtungen auch eingehalten werden, und verlangt von seiner Regierung – zu Recht –, daß sie diesen Anspruch in Brüssel durchsetzt.

Um den Prozeß der europäischen Einigung nicht zu gefährden, wird die Bundesregierung deshalb aufgefordert, sich mit größtem Nachdruck dafür einzusetzen, daß Grundsatzbeschlüsse der europäischen Politik und damit auch das Vertrauen der Bürger auch künftig Bestand haben. Der Kommissionsvorschlag über Währungsveränderungen und Ausgleichsmaßnahmen für die Landwirtschaft ist allerdings ein Beispiel dafür, wie das Vertrauen – hier der Landwirte – in Entscheidungen der Europäischen Kommission und in Beschlüssen der europäischen Agrarpolitik zerstört werden kann.

Der Vorschlag der Kommission würde die Landwirte in Aufwertungsländern – insbesondere in Deutschland – auf ungerechtfertigte Weise einseitig belasten. Die bisher schon bestehende Überkompensation in Abwertungsländern durch in nationaler Währung geringere Preissenkungen und höhere Ausgleichszahlungen würde dagegen unverändert beibehalten und durch neuere Abwertungen drastisch verstärkt.

Auch vor dem Hintergrund währungsbedingt steigender deutscher Anteile zur Finanzierung des Gemeinschaftshaushaltes und sinkender Anteile der Abwertungsländer ist eine Verringerung der Ausgleichsbeträge der Agrarreform politisch nicht vertretbar. Aufgrund der Stärke der Deutschen Mark hat Deutschland in den letzten Jahren in erheblich größerem Anteil zum Gemeinschaftshaushalt beigetragen, wohingegen der Anteil anderer Mitgliedstaaten mit schwacher Währung deutlich gesunken ist.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44